

Bürgermeister Dr. Storch führt kurz in das Thema ein und weist hierbei auf die durch NKF eintretenden Änderungen hin.

Herr Strack ergänzt dies und erläutert noch einmal ausführlich die Verwaltungsvorlage. Man habe sich bemüht, alles innerhalb der Verwaltung an Investitionen angedachte abzubilden. Alles sei variabel und nicht „in Stein gemeißelt“. Heute gehe es konkret um die Darstellung für das Jahr 2008. Im besonderen erwähnt er noch einmal die Krankenhausumlage sowie Instandsetzungsmaßnahmen an Straßen und Gebäuden, die künftig nicht mehr als Investitionen im Haushalt abgebildet würden. Im übrigen stellt er die künftig erforderliche Darstellung der Abschreibungen im NKF-Haushalt dar. Hierzu verweist er auch auf die entsprechende Ausweisung in der Anlage 3 zur Verwaltungsvorlage. Schließlich verweist der Kämmerer auf eine aktuelle Information zu Ziffer 7 der Vorschlagsliste „Straßenbau – Bahnüberführung Brückenstraße“. Man sei der Annahme gewesen, dass bei Planung sofort der anteilige Zuschuss nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Höhe von 30.000 Euro fließe; dies sei aber erst bei Bau der Maßnahme der Fall. Dieser Betrag sei somit aus der Einnahmeliste zu streichen und die Gesamteinnahmesumme auf 1.549.000 Euro zu reduzieren.

Herr Bösking begrüßt es, dass nun die Instandsetzungsmaßnahmen nicht mehr als Investitionen ausgewiesen würden. Dieser Meinung sei er schon immer gewesen. Im übrigen müsse der Umbau „Zufahrt Markt“ in den Maßnahmenkatalog für 2008 aufgenommen werden.

Herr Diwo erklärt, dass auch die CDU-Fraktion der Meinung sei, die Zufahrt Markt kurzfristig zu realisieren.

Des weiteren geht er auf die Maßnahme Jugendcafé ein. Er stellt den Antrag, den Eigenanteil der Gemeinde für Bau und Einrichtung des Jugendzentrums auf 150.000 Euro zu deckeln und für die weitere Finanzierung Sponsoren zu suchen. Weiter geht er auf den Zeitdruck ein. Man habe Signale vom Rhein-Sieg-Kreis vernommen, dass ein Baubeginn auch in 2008 möglich sei und man entgegen bisheriger Meinung die noch für dieses Jahr zugesagten Zuschüsse in Anspruch nehmen zu könne. Dies verschaffe Zeit und mache einen Nachtragshaushalt ggf. entbehrlich. Die Verwaltung sei nun gefordert, die entsprechenden Informationen einzuholen. Allerdings solle der Kreiszuschuss in keiner Weise gefährdet werden.

Der Bürgermeister sieht dies skeptisch, da die vom Kreis vorgetragene Meinung bisher eindeutig gewesen sei. Sponsorensuche sei nicht nur Aufgabe des Bürgermeisters – hier sei jeder gefordert. Er warne aber auch vor „Klinkenputzen“, da die Unternehmer schon steuerlich belastet seien. Ein gemeinsamer Aufruf sei eher geeignet. U.u. sei die Zeit auch sehr knapp. Der Bürgermeister sieht außerdem ein Risiko, dass die Maßnahme am Ende nicht klappen werde. Er favorisiere weiter einen Eigenanteil der Gemeinde von insgesamt 195.000 Euro.

Herr Dehnert verweist auf einstimmigen Beschluss des JASA hinsichtlich eines Konzeptes, das schließlich auch an bestimmte Raumvorstellungen geknüpft sei. Man solle doch erst die Beratung im Bauausschuss abwarten und sehen, zu welchen Ergebnissen dies führe. Wie teuer die Maßnahme werde, wisse man ohnehin erst, wenn sie abgeschlossen sei. Die CDU habe immer mit der Jugendarbeit in den Vereinen argumentiert. Hier aber gehe es um eine andere Klientel, die einer vernünftigen Unterbringung bedürfe.

Herr Duldhardt verweist auf die bisherigen Beratungsschritte in der Sache auf den verschiedensten Ebenen. U.a. seien über 200.000 Euro vom Kreis in die Eitorfer Ecke geflossen,

um langfristig wieder zu einer soliden Jugendarbeit zu kommen. Nachdem man andere Einrichtungen angesehen habe, sei im JASA einstimmig die Marschrichtung festgelegt worden. Die heute vorliegende Prioritätenliste fordere aber auch, dass man Dinge austarieren müsse. Im Ergebnis halte man eine Deckelung auf 150.000 Euro unter Einbeziehung der Kreisförderung und Sponsorenhilfe für realistisch. Auch der Bürgermeister sei in der Pflicht. Eine klare Linie sei gefordert.

Der Bürgermeister bekräftigt noch einmal seine Auffassung, es bei dem vorgeschlagenen Gemeindeanteil zu belassen.

Herr Fürst unterstreicht diese Meinung und hält 150.000 Euro für zu wenig. Er stellt den Antrag, es bei der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Summe zu belassen, da so eine höhere Sicherheit bestehe.

Herr Bösking macht deutlich, dass man zunächst die Beratung im BA abwarten müsse. Dann könne man ja sehen, inwieweit noch abgespeckt werden könne. Reichten die 150.000 Euro Eigenanteil nicht, könne man immer noch nachlegen.

Herr Dehnert hält die Diskussion für beschämend. Die bereitgestellten Mittel ermöglichten gerade mal den Bau eines Einfamilienhauses einfachster Art. Anstatt nur über das Jugendzentrum zu diskutieren, könnte man andere Maßnahmen ebenso infrage stellen. Er habe den Eindruck, als ob hier Kräfte jede vernünftige Lösung verhindern wollen.

Herr Ersfeld erinnert an eine Beratung im JASA vom letzten November. Damals sei von 80 qm die Rede gewesen. Nun stehe ein Vielfaches davon in Rede. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Herr Duldhardt macht noch einmal deutlich, dass es nicht darum gehe, das Konzept infrage zu stellen. In der bisherigen Beratung habe doch Einigkeit bestanden. Bei den 150.000 Euro handele es sich um den Eigenanteil im Rahmen des Gesamtkonzeptes. An der geplanten Gesamtsumme ändere sich doch nichts, lediglich an der Verteilung der Anteile. Insofern sei der Bauausschuss auch nicht beeinträchtigt. Der im BA zu diskutierende Architektenvorschlag werde zeigen, inwieweit eine ordnungsgemäße Jugendarbeit möglich sei. Wenn der Kreis hinsichtlich der Fördermittel nicht mitspiele, müsse man eben schneller reagieren und einen Nachtragshaushalt erlassen.

Der Bürgermeister verdeutlicht, dass die Gremien nur über das beschließen könnten, über das auch verbindlich zugesagte Mittel vorlägen. Schon deshalb favorisiere er einen erhöhten Gemeindeanteil.

Herr Bösking erinnert daran, dass nicht das erste Mal bei größeren Maßnahmen abgespeckt wurde. So verweist er auf die Offene Ganztagsschule. Im übrigen weist er auf die Explosion bei den Baukosten hin. Komme man nicht aus, sei der Rat jeder Zeit in der Lage nachzulegen.

Herr Müller verweist auf das durch die Prioritätenliste dargelegte „enge Korsett“. Wie vom Kämmerer dargelegt, entfielen nun weitere 30.000 Euro auf der Einnahmeseite. Die CDU-Fraktion habe den eindringlichen Wunsch, die Marktzufahrt mit reinzunehmen. Er vermisse bei den Grünen einen Gegenvorschlag, sofern der Eigenanteil in der genannten Höhe erhalten bleiben soll. Außerdem appelliert er an die Verantwortung des Kreises. Ohne dessen Vorgehensweise,

wäre der momentane Druck gar nicht erst entstanden. Niemand habe damit gerechnet, dass der Kreis den Baubeginn für dieses Jahr fordere. Letztendlich bittet er, über den von Herrn Diwo gestellten Antrag abzustimmen.

Gegen Ende der längeren Aussprache fasst der Bürgermeister die verschiedenen Anträge zusammen und schlägt vor, zunächst über den FDP-Antrag abstimmen zu lassen, da dies der weitestgehende sei.

Beschluss

Nr. XII/16/145

Der Antrag der FDP-Fraktion, den gemeindlichen Eigenanteil für Bau und Einrichtung des Jugendzentrums auf 195.000 Euro festzulegen, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 6 JA-Stimmen, 11 NEIN-Stimmen

Im Anschluss lässt Bürgermeister Dr. Storch über den eingangs der Debatte von der CDU-Fraktion formulierten Antrag abstimmen, so dass folgender Beschluss gefasst wird:

Beschluss

Nr. XII/16/146

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Der in der Prioritätenliste auszuweisende Eigenanteil der Gemeinde für den Bau und die Ersteinrichtung des Jugendzentrums wird auf 150.000 Euro festgesetzt. Der Betrag wird im Haushaltsjahr 2008 eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Rhein-Sieg-Kreis dahingehend zu verhandeln, dass ein Baubeginn in 2008 hinsichtlich der zu erwartenden Förderung unschädlich ist. Andernfalls ist die Maßnahme über einen für dieses Jahr zu verabschiedenden Nachtragshaushalt abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis: 11 JA-Stimmen, 6 NEIN-Stimmen

Im Anschluss an diese Abstimmung erklärt Herr Dehnert persönlich zu Protokoll, dass die CDU nun die Gelder vom Jugendcafé abgezogen habe, um das favorisierte CDU-Projekt „Marktzufahrt“, das einzige, was sie in drei Jahren vorzuweisen habe, vorziehen zu können. Die Zufahrt Marktplatz stehe nicht in der ursprünglichen Liste und sei später vorgesehen gewesen. Offensichtlich brauche man Straßen, damit die Jugendlichen auf der Straße liegen können.

Der Bürgermeister stellt klar, dass der Ausschuss in seiner Entscheidung völlig frei sei. Er lässt nun über den CDU-Antrag, die Marktplatzzufahrt in die Liste für 2008 aufzunehmen, abstimmen.

Beschluss

Nr. XII/16/147

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die im Verwaltungsvorschlag unter Ziffer 27 – Umbau Zufahrt Marktplatz – wird in die in 2008 auszuführenden Maßnahmen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 11 JA-Stimmen, 6 NEIN-Stimmen

Im Anschluss gibt es noch kurze Wortmeldungen und Änderungsvorschläge zum Gesamt-Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die Herren Müller und Duldhardt halten eine Herabsetzung der Wertgrenze für vom Rat zu beschließende Investitionen auf 10.000 Euro für angemessen. Die Sorge für mehr Transparenz.

Im Hinblick auf die Bedeutung der darzulegenden Abschreibungen fragt Herr Bösking, ob die Gemeinde wieder in das HSK gelangen kann.

Der Kämmerer bestätigt dies, weist aber darauf hin, dass auch andere Parameter ausschlaggebend sind, wie z.B. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen.

Aus weiteren Wortbeiträgen, die sich u.a. mit der Darstellung der gemeindlichen Finanzsituation unter NKF auseinandersetzen, werden schließlich die nachfolgenden Beschlussformulierungen herausgearbeitet.

Herr Dehnert bittet, jeweils einzeln über die drei Punkte der Beschlussvorlage abzustimmen.